

22 - 1872

*Herr
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 27. Juni 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Roman Kainrath, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Justizanstalten

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Justizanstalten

Die Volksanwaltschaft legte dem Burgenländischen Landtag unter Zahl 22 – 1823 einen umfangreichen Bericht im Kontext der „Präventiven Menschenrechtskontrolle“ für das Jahr 2023 vor, der auch im Rechtsausschuss des Burgenländischen Landtages am 12.6.2024 vorgestellt wurde.

Speziell die unbefriedigende Situation in den Österreichischen Justizanstalten (JA) wurde von Volksanwältin Gaby Schwarz im Ausschuss angesprochen, auch konkret die in der Justizanstalt Eisenstadt. Der SPÖ Landtagsklub weist seit Jahren auf diese vor allem für die Bediensteten sehr schwierige Situation hin, bis dato leider ohne entsprechende Reaktion der zuständigen Stellen.

Die Kommission des Nationalen Präventionsmechanismus (NMP) sah im Bericht der Volksanwaltschaft „mit Sorge, dass die Überfüllung von Gefangenenhäusern erneut bundesweit zunahm“. Der NMP kommt zum Schluss, dass weder Fachdienste noch das Justizwachepersonal abgedeckt werden und durch die prekäre Personalsituation Betreuungsdefizite unausweichlich sind.

Der Überbelag in der JA Eisenstadt war Auslöser für einen Besuch der VA Mitte Oktober 2022. Aufgrund der hohen Zahlen der festgenommenen Schlepper war die Einrichtung mit 210 Insassen deutlich überbelegt, obwohl sie nur für 175 Inhaftierte ausgelegt ist. Die sich hieraus ergebende Situation vor Ort wird beispielsweise wie folgt dargestellt: „In einem Haftraum lag eine Matratze direkt vor einem Stockbett am Boden. Vom Stockbett aus kommt man nicht in den Haftraum, ohne auf die Matratze zu steigen.“ Der Besuch des NPM im September 2023 zeigte keine Verbesserung, am Besuchstag waren es sogar 229 Inhaftierte in der JA Eisenstadt.

Diese Umstände sind für alle Bediensteten, aber auch für alle Inhaftierten unzumutbar und trotz aller öffentlicher Appelle von Seiten des SPÖ Landtagsklubs hat sich die Situation nicht verändert. Auch wenn sich die Lage angesichts der zurückgegangenen Verhaftungen von Schleppern ein wenig entspannt hat, ist zu erwarten, dass es bei Anstieg der Schlepperkriminalität erneut zu einer Überlastung der JA Eisenstadt kommt. Hinzu kommt ein Anstieg von selbst- und fremdgefährdenden Aktivitäten, dem aufgrund der schlechten Personalausstattung nicht angemessen entgegengetreten werden kann.

Viele JA in ganz Österreich kämpfen mit massiven Personalmangel. Betriebe und Freizeit- bzw. Sporträume bleiben oftmals geschlossen, weil es an Personal fehlt. Dies führt wiederum zu sehr langen Einschlusszeiten und einem angespannten Vollzugsklima. Derartige Lebensumstände können der Nährboden für gehäufte Gewaltvorfälle sowie Selbstverletzung sein. Das Bundesministerium für Justiz bestätigte den österreichweiten Personalmangel und führte aus, dass Rekrutierungsmaßnahmen nicht immer erfolgreich verlaufen. Auch die Rekrutierung von Bediensteten für den Sozialen Dienst stellt vermehrt eine besondere Herausforderung dar, viele Stellen mussten mehrfach ausgeschrieben werden, da

entweder keine oder ausschließlich nicht qualifizierte Bewerbungen eintrafen. Hinzu kommt eine Unterbesetzung des Psychologischen Dienstes, ebenfalls wegen Personalmangels.

Auch für diesen durchaus überschaubaren Bereich ist es der Bundesregierung nicht gelungen, rechtzeitig die Weichen zu stellen, um dem Personalmangel in den Bereichen des (exekutiven Justizwache-)Personals sowie des Sozialen und Psychologischen Dienstes entgegenzuwirken. Dies wäre in einem ohnehin schwierigen Arbeitsumfeld (Stichwort „totale Institution“) aber seit Längerem dringend nötig.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge im Sinne der Antragsbegründung

- eine wirkungsvolle Initiative für eine verlässliche Planung im Bereich der Rekrutierung des benötigten Personals umsetzen
- die zeitnahe Besetzung der österreichweit offenen 190 Planstellen bei der Justizwache dauerhaft sicherstellen
- für alle genannten Tätigkeitsbereiche eine deutliche Attraktivierung der Arbeit in Justizanstalten durch faire Arbeitsbedingungen und angemessene finanzielle Anreize schaffen
- durch Schaffung eines Personalpools Ausfälle von Bediensteten wegen Krankheit, Karenzierung oder Teilzeitbeschäftigung kompensieren
- die Überstundenauszahlung für die Bediensteten der Justizwache analog der Polizei – konkret: monatlich – sicherstellen
- angesichts des Personalmangels im Sozialen Dienst die Genehmigung zusätzlicher Studienplätze für Soziale Arbeit an den Fachhochschulen veranlassen
- sicherstellen, dass Werkstätten, Betriebe und Sporträume zur Gewährleistung sinnvoller Aktivitäten nicht wegen Personalmangel geschlossen bleiben
- die nötigen Vorkehrungen treffen, damit jene Strafgefangenen, deren Strafzeit 18 Monate übersteigt, ausschließlich in den dafür zuständigen und geeigneten Justizanstalten untergebracht werden
- entsprechend den Empfehlungen der VA die seit langem geplante StVG - Novelle ehestmöglich umsetzen, um Überbelag zu bekämpfen und Resozialisierung zu fördern